

STALINISMUS



VORAN ARTIKELSAMMLUNG

Preis: 1DM
+ Spende

Kontakt: Aron Amm, Hohenheimerstr. 58 A 7000-Stgt.-1
Tel.: 0711/236 86 91

Die neuen Reformversuche in der Sowjetunion

Keine Wunder durch Gorbatschow

Seit März 1985 ist Gorbatschow Regierungschef in der Sowjetunion. Seine Politik hat im Westen allerhand Spekulationen ausgelöst. Insbesondere seine Erklärungen auf dem 27. Parteitag der sogenannten Kommunistischen Partei und seine Versuche, mit den USA Abrüstungsvereinbarungen zu treffen, sind Stoff der Diskussion.

Die Politik Gorbatschows ist ein verzweifelter Versuch, eine politische Revolution zu verhindern. In Wirklichkeit wird seine Politik genau das Gegenteil bewirken. Die Opposition im Land wird wachsen, und große soziale Explosionen stehen bevor. Die ganze Geschichte der Sowjetunion zeigt, daß ein Wechsel der Spitzenfunktionäre und eine geänderte Politik höchstens kurzfristig zu Erfolgen führt, langfristig die Probleme jedoch verschärft.

Die Ära Gorbatschow wird die instabilste Periode in der Sowjetunion sein. Sechzig Jahre lang hatte die Bürokratie das Sagen in der UdSSR. Jetzt fangen die Arbeiter an, die politische Bühne wieder zu betreten. Streiks in großen Industriebetrieben in den letzten Jahren waren die ersten Anzeichen dafür.

Durch die Oktoberrevolution 1917 wurde in Rußland die Macht der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zerschlagen. Die Arbeiter, Bauern- und Soldatensovjets bildeten damals das demokratischste Regierungssystem, das jemals existierte.

Die besonderen Bedingungen eines enorm rückständigen Landes und das Ausbleiben des Sieges der Revolutionen in den hochentwickelten Industriestaaten Westeuropas nach dem I. Weltkrieg führten zu einem ungeheuren Druck aller Elemente der alten Gesellschaft auf die junge Arbeiterdemokratie. Die durch Krieg und Bürgerkrieg geschwächte Arbeiterklasse Rußlands konnte diesem Druck nicht lange standhalten. Es kam zu einer Bürokratisierung von Staat und bolschewistischer Partei und schließlich zu einer vollständigen politischen Konterrevolution in Form der Stalin-Diktatur.

Deformierter Arbeiterstaat

Trotzki charakterisierte die Sowjetunion damals als „entarteten oder deformierten Arbeiterstaat“. Sie ist ein Arbeiterstaat, weil Staatseigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft die Basis der Gesellschaft bilden und dadurch das historische Interesse der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt. Entartet oder deformiert ist dieser Arbeiterstaat deshalb, weil seit Stalin die Bürokratie den Staat unter ihrer Kontrolle hat und den Vorteil des Staatseigentums an Produktionsmitteln und der Planwirtschaft in erster Linie für sich und auf dem Rücken der Arbeiter ausbeutet.

Es war gerade das Staatseigentum an Produktionsmitteln, das Rußland mit Riesenschritten aus der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit herausführte und zur zweitgrößten Industrienation der Welt werden ließ. Dieser Fortschritt war nicht möglich wegen, sondern trotz der Bürokratie. Privilegien, Mißwirtschaft und Korruption waren immer eine Bremse für die Entwicklung. Doch am Anfang der Entwicklung, als es darum ging, Rußland aus einem Agrarland in einen Industriestaat zu verwandeln durch Anziehung und Nachahmung der Technologie in den westlichen kapitalistischen Staaten, führten das Ersticken von Initiative und Schaffensdrang sowie die Mißwirtschaft allenfalls zur Verlangsamung des möglichen wirtschaftlichen Fortschritts. Trotz Bürokratie und trotz Terror konnten aber mit Hilfe der Planwirtschaft Wachstumsraten erreicht werden, wie sie unter krisengeschüttelten kapitalistischen Verhältnissen unmöglich sind. Es war dieser Fortschritt in der Produktivkraftentwicklung, der die jahrzehntelange politische Machterhaltung der Bürokratie ermöglichte.

Bürokratie verhindert Entwicklung

Der Zweite Weltkrieg zeigte, daß die Massen in der Sowjetunion den wirtschaftlichen Fortschritt, der im Vergleich zur Zeit vor 1917 erreicht worden war, gegen den Hitler-Faschismus verteidigten — trotz Stalin-Diktatur. Die imperialistischen Westmächte mußten erkennen, daß sich Fortschritte in der Produktivkraftentwicklung in soziale Kraft verwandeln, in Widerstandskraft gegen die Invasion der Nazi-Truppen.

Während so die Bürokratie im Vergleich zu den kapitalistischen Systemen in der Vergangenheit eine relativ fortschrittliche Rolle spielte, ist sie jetzt zu einer absoluten Bremse geworden.

Die Überwindung der primitiven Wirtschaft und die Industrialisierung Rußlands schufen eine vielschichtige, technisch komplizierte Wirtschaft. Aber je mehr sich die Wirtschaft entwickelte, desto stärker geriet sie in Widerspruch zu der immer gigantischer werdenden Bürokratie. Eine hochentwickelte Industrie kann nicht mehr weiterentwickelt werden mit Befehlen, Direktiven und Plänen vom grünen Tisch. Eine geplante moderne Wirtschaft benötigt die direkte Teilnahme und Kontrolle der Masse der Arbeiter, sonst wird sie sogar weniger effektiv als die kapitalistische Wirtschaft.

In der kapitalistischen Wirtschaft wird die Effektivität der Produktion auf völlig verschwenderische Weise über den Konkurrenzkampf am Markt kontrolliert. In einer Planwirtschaft kann diese Verschwendung gestoppt werden, aber nur dann, wenn es eine Arbeiterdemokratie gibt. Planwirtschaft benötigt Demokratie wie der Körper den Sauerstoff. Wenn eine abgehobene Kaste von Bürokraten Staat und Wirtschaft in ihren Krallen hat, gibt es keine Kontrolle. Die Folge ist: Fehlplanung, Mißwirtschaft, Korruption, Schiebertum.

30% der Produktion in der Sowjetunion werden heute verschwendet durch Mißwirtschaft, Ineffektivität und Korruption. Mit gleicher Maschinenausstattung wie die USA ist der Ausstoß nur 60-70% so hoch wie in den USA. Die Wachstumsraten in der Sowjetunion sinken laufend.

Dezentralisierung

In den letzten 20-30 Jahren wurden von der Bürokratie unzählige Versuche unternommen, die von ihr verursachten Probleme in den Griff zu bekommen. Das führt z.B. zu einer ständigen Zick-Zack-Politik von Zentralisierung, Dezentralisierung und Rezentralisierung.

Wenn der zentralisierte Staatsapparat die Wirtschaft zu ersticken droht, geht man in der Sowjetunion immer wieder zu Dezentralisierung über. Den regionalen Bürokraten und Managern der Betriebe wird mehr Autonomie eingeräumt. Das Ergebnis ist jedesmal, daß sich die regionale bzw. mittlere Bürokratie aufbläht zu einer Miniaturausgabe der alten zentralen Bürokratie

und ebenfalls zu einer Bremse für die wirtschaftliche Entwicklung wird.

Dann folgt wieder eine Periode, in der von oben die mittlere und regionale Bürokratie für ihre Auswüchse attackiert wird. Es kommt zu Entlassungen, Verhaftungen und sogar zu Erschießungen von einzelnen Funktionären. Dadurch wird dann wieder die übergeordnete Instanz und die Zentrale gestärkt, die dann weiter anschwillt. Diese Politik wird begleitet von abwechselnd mehr oder weniger Öffnung gegenüber dem Weltmarkt und der Zulassung von mehr oder weniger Markt, privater Produktion und Handel. Durch wechselnde Schwerpunktverlagerung der Investitionen in den verschiedenen Bereichen gibt es ständig Probleme und Ungleichgewichte zwischen Landwirtschaft und Industrie einerseits sowie Konsumgüter- und Investitionsgüterindustrie andererseits.

Ein Wechsel in dieser Zick-Zack-Politik wurde in der Regel ausgelöst durch den Amtsantritt eines neuen Regierungschefs, nachdem der alte gestorben war. Die Reformen Gorbatschows sind nichts anderes als eine Neuauflage verschiedener Elemente früherer Politik. Es ist die Reaktion der Bürokratie auf die katastrophale wirtschaftliche Lage seit Beginn der 80er Jahre und den steigenden Unmut in der Bevölkerung.

Gorbatschow will Unmut auffangen

Viele Spitzenfunktionäre, die noch an der alten starren zentralistischen Politik Breschnevs festhielten, wurden kurzerhand entlassen, um den Weg für eine erneute Dezentralisierung freizumachen. Diese Dezentralisierung wurde mit der Abspäckung der Obersten Planungsbehörden begonnen. Allein in Moskau wurden durch Auflösung und Reduzierung bei den 70 Allunionsministern 20.000 Funktionäre freigesetzt, die nun mit ihrer Versetzung in die Provinz rechnen müssen.

Um den Unmut der Bevölkerung über die schlechte Versorgungslage zu dämpfen, soll die Konsumgüterproduktion angekurbelt werden. Dies soll durch die Zulassung von mehr privater Produktion und privatem Handel in diesem Bereich erreicht werden. Außerdem wurde bezüglich Quantität und Qualität ein System von Anreiz und Strafe geschaffen. Bei hoher und guter Produktion gibt es Zuschläge, bei niedriger und schlechter Produktion Abschläge für die einzelnen Betriebe. Durch ein Alkoholverbot soll die Motivation der Arbeiter verbessert werden.

Die überalterten Produktionsanlagen sollen durch Einführung westlicher Technologie und verstärkte Investitionen im Maschinenbau modernisiert werden. Durch Abrüstungsverhandlungen soll außerdem die hohe Last der Rüstungsausgaben verringert werden.

Diese Maßnahmen werden von Gorbatschow als „scharfe Wende zur Intensivierung der Produktion“ ausgegeben, wodurch eine „Beschleunigung der sozioökonomischen Entwicklung des Landes“ erreicht werden soll. Das Produktionspotential soll bis zum Jahr 2000 verdoppelt werden und die Arbeitsproduktivität um das 2,5-fache steigen.

Politische Revolution

Bereits jetzt zeigen sich die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Politik. Das System der Abschläge für Betriebe mit niedriger und schlechter Produktion funktioniert nicht, weil das Management die Schuld auf die Lieferung von schlechtem Rohmaterial, mangelnden Ersatzteilen oder nicht erhaltenen Maschinen oder sogar auf schlechte klimatische Verhältnisse abschiebt. Um diesen Streit zu klären,

ist bereits wieder eine neue bürokratische Instanz nötig, die, wie alle anderen auch, bestechlich ist. Auch läßt sich die Frustration und die Wut der Arbeiter über ihre Lebensbedingungen nicht durch ein Alkoholverbot beseitigen.

Das Importprogramm für neue Technologie muß mit Devisen finanziert werden. Devisen erhält die Sowjetunion aber hauptsächlich durch den Export von Erdöl und Erdgas. Und wegen der sinkenden Ölpreise sinken die Deviseneinnahmen beträchtlich. Gleichzeitig steigen aber die Förderkosten für Energie und Rohstoffe, weil jetzt die Quellen im eisigen Sibirien genutzt werden müssen.

Gorbatschows Versuche, die politischen Machtverhältnisse zu stabilisieren, sind zum Scheitern verurteilt. Die Bürokratie kann die Gesellschaft nicht



Viel Selbstkritik war zu hören auf dem 27. Parteitag der KPdSU. Jedoch wird die Bürokratie die Probleme nicht lösen können.

mehr weiterentwickeln. Sie selbst ist das Hindernis für den Fortschritt, denkt jedoch nicht daran, ihre Position freiwillig zu räumen.

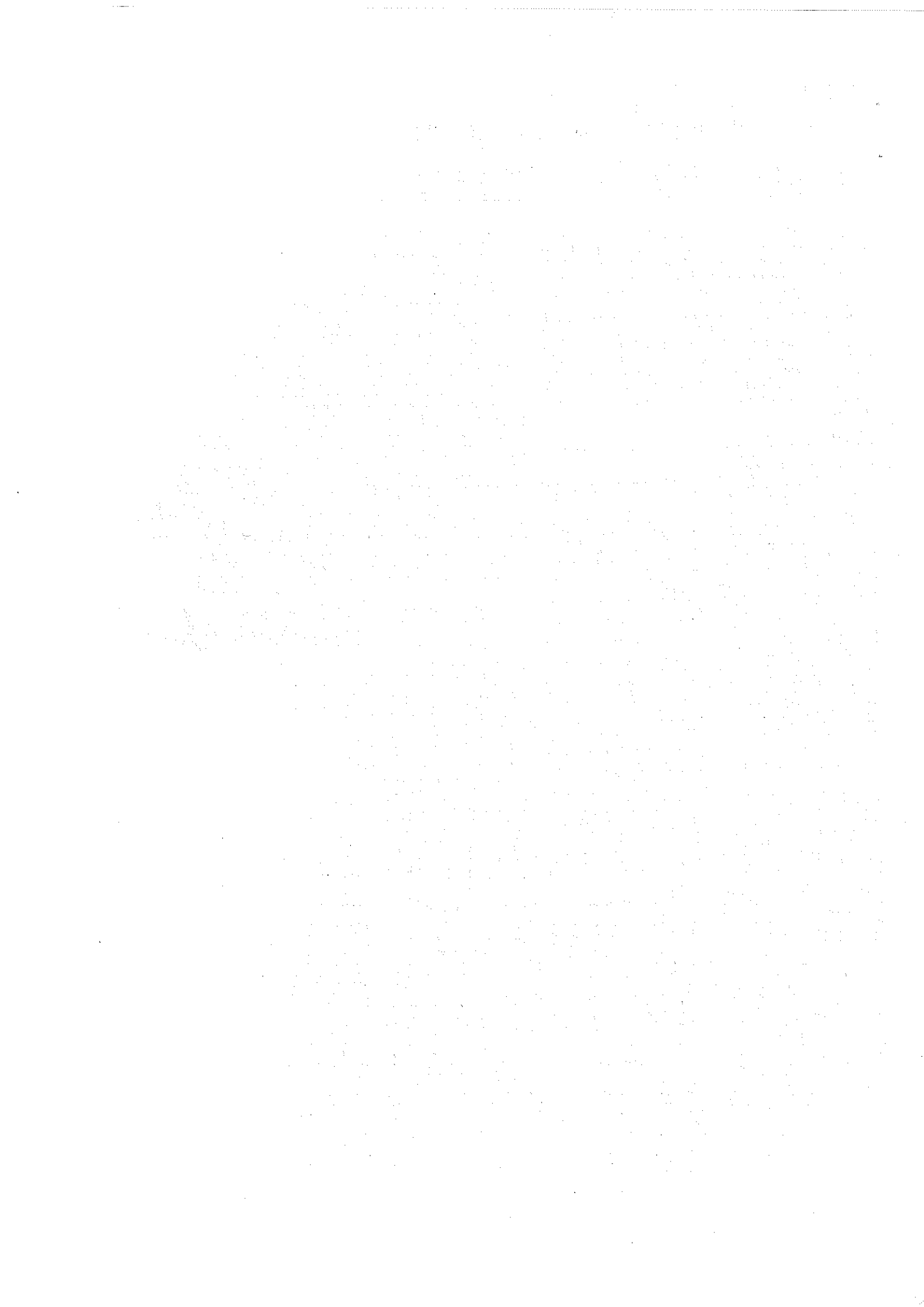
Durch die Industrialisierung des Landes hat sich die russische Bürokratie jedoch ihren eigenen Totengräber geschaffen: Die Arbeiterklasse. Die russische Arbeiterklasse ist heute so stark wie noch nie zuvor in der Geschichte, sowohl zahlenmäßig als auch bezüglich ihres kulturellen und politischen Niveaus.

Wenn sich die russische Arbeiterklasse in den nächsten Jahren erhebt, wird die Bürokratie völlig in der Luft hängen. Wie in Ungarn 1956 werden die Arbeiter an der Tradition der bolschewistischen Partei zur Zeit Lenins anknüpfen. Die Machtorgane der Bürokratie (Politzei, Armee, Geheimdienst) werden zerschlagen werden. Die Arbeiter werden freie Gewerkschaften aufbauen, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit einführen für alle politischen und sonstigen Gruppierungen und eine Arbeiterdemokratie aufbauen mit den von Lenin begründeten Prinzipien:

- Wahl- und Abwählbarkeit aller Vorgesetzten und Funktionäre.
- Begrenzung des Lohnes aller Funktionäre auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Keine stehende Armee, sondern ein bewaffnetes Volk, d.h. demokratisch aufgebaute Arbeitermilizen.

Eine Erhebung der russischen Arbeiterklasse wird noch viel größere Auswirkungen auf den ganzen Ostblock haben als der Aufstand in Ungarn 1956 oder die Ereignisse in Polen 1980/81. Aber im Gegensatz zu Ungarn 1956, wo der Aufstand mit Hilfe russischer Panzer im Blut erstickt wurde, werden sich die russischen Soldaten dann weigern, die herrschende Schmarotzerclique gegen eine politische Revolution ihrer Brüder und Schwestern, Väter und Mütter zu verteidigen.

Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin



Sowjetunion: Staat und Bürokratie

Seit Monaten steht die Entwicklung in der UdSSR im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Und tatsächlich scheint sich Unglaubliches abzuspielden.

Da fordert ein Republikpartei-Präsident den Rücktritt des Staatsoberhauptes Gromyko, ein anderer den „Tod aller Bürokraten“. In einer bisher unvorstellbaren Offenheit wird über Korruption, Mißwirtschaft, Unfähigkeit der „Leitungskader“ berichtet.

Endlich, so scheint es, reißt der „real existierende Sozialismus“ seine bürokratische, menschenverachtende Schreckensmaske ab, endlich zeigt sich darunter ein Sozialismus „mit menschlichem Antlitz“. Steht nicht in den Thesen zur Parteikonferenz: „Das Ziel der Umgestaltung besteht darin, das humanistische Wesen und die schöpferische Kraft des Sozialismus in vollem Maße zu entfalten“, fordert nicht die Resolution dieser Konferenz eine „wirksame Offensive gegen den Bürokratismus und gegen seine abstoßende Erscheinung ...“?

Handelt es sich hier um einen Versuch der Bürokratie, sich selbst wegzureformieren? Gibt es diesen leichten Weg, eine Abkürzung zum Sozialismus?

Der „Kampf gegen den Bürokratismus“ nimmt in Gorbatschows Reformprogramm eine zentrale Rolle ein. Die Bürokratie wird als der Verursacher der Stagnation unter Breschnew erkannt. „Bürokratische Entstellung ... sind dem Sozialismus als dem lebendigen Schöpferfaktum der Massen fremd“, heißt es in der Resolution.

Soweit kann man Gorbatschow nur zustimmen. Was ist allerdings Bürokratismus und Bürokratie? Und wieso nur unter Breschnew?

Nach Gorbatschow handelt es sich dabei um eine Art Fehlverhalten eines Teils des Apparats in Partei, Staat und Gesellschaft – Willkür, Ignoranz, Konservatismus usw. Der „Kampf gegen den Bürokratismus“ wird also zum Kampf gegen den Amtschimmel. Reicht das nun aus, um die Stagnation, die Korruption, die tiefe Krise der UdSSR zu erklären, ist es nur die Frage einzelner falscher Methoden und Personen in der Administration?

Oktoberrevolution

Um beurteilen zu können, ob das den Charakter der Bürokratie wirklich ausreichend kennzeichnet, ist es notwendig, auf die grundlegenden Probleme bei der Entwicklung der UdSSR einzugehen. Mit der Oktoberrevolution 1917 brach die imperialistische Kette, nach Lenin, an ihrem schwächsten Glied. Die erste erfolgreiche sozialistische Revolution wurde nicht in einem entwickelten bürgerlichen Staat errungen, sondern vielmehr in einem rückschrittlichen, halbfeudalen Reich. Die Bourgeoisie mußte nicht hinweggefegt werden, weil sie ihre Schuldigkeit getan hat. Eine proletarische Revolution war im zaristischen Rußland aus ganz anderen Gründen notwendig. Die nationale Bourgeoisie Rußlands, verquickt mit dem Feudaladel und dem internationalen Kapital, war viel zu schwach, um die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu lösen. Nur durch eine proletarische Revolution konnte die Monarchie, der Großgrundbesitz beseitigt, die fast noch leibeigenen Bauern befreit und eine industrielle Basis aufgebaut werden. Die Revolution fand also nicht statt, weil Rußland „reif“ für den Sozialismus war, sondern weil der Kapitalismus absolut unfähig war, die Gesellschaft aus Despotie und Unterentwicklung zu führen.

70% der russischen Bevölkerung konnten weder lesen noch schreiben, 80% lebten auf dem Land, das Proletariat machte gerade 10% aus. Durch korrekte Perspektiven, Strategie und ein korrektes Programm gelang es den Bolschewiken nicht nur, die Arbeiterklasse, sondern auch, mit der Forderung nach einer radikalen Landreform, die Bauernmassen hinter sich zu scharen.

solte: die Unterentwicklung, Rückschrittlichkeit der russischen Gesellschaft auf allen Ebenen. Die Folgen des Bürgerkrieges taten ihr übriges dazu.

Die Wirtschaft war völlig am Boden zerstört. 1921 konnte nur noch ein Drittel der Vorkriegsproduktion erreicht werden. Besonders drastisch war der Fall in der Lebensmittelproduktion. Millionen Menschen mußten verhungern. Das Elend hatte solche Ausmaße angenommen, daß einige Fälle von Kannibalismus bekannt wurden, also ein Rückfall in die Barbarei und Steinzeit. Wie sollte sich unter solchen Umständen der Sozialismus entwickeln? Wie sollte die junge Arbeiterdemokratie mit dieser Not fertig werden?

Wir kommen nun zum Kernproblem der UdSSR in den ersten Jahren ihres Bestehens, zu der Ursache der späteren Entwicklung bis zum heutigen Tag. Karl Marx große Leistung bestand darin, nachzuweisen, daß der Sozialismus keine Utopie ist, sondern sich zwingend

nannte es Trotzki.

Internationale Perspektiven

Die Bolschewiki gaben sich indes nie der Illusion hin, daß die Errichtung des Sozialismus in einem Land, erst recht in einem, in dem die Grundlagen dafür fehlten, möglich sei. Das Schicksal der russischen Revolution hing eng mit dem der Weltrevolution zusammen. Das war die Position Lenins und Trotzki. Besonders die deutsche Revolution 1918/19 zeigt, wie richtig die Perspektive revolutionärer Welten nach der großen imperialistischen Schlacht war. Doch die erwartete und überlebensnotwendige Hilfe einer siegreichen Arbeiterklasse aus den entwickelten Industrienationen blieb aus. Das revolutionäre Rußland blieb isoliert, weil die sozialdemokratischen Führer in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Bourgeoisie und nicht die Arbeiter unterstützten.

Was ist nun die Aufgabe des Arbei-



1922 bot Lenin Trotzki einen Block gegen Stalin an (bilde in der Bildmitte während einer Demonstration 1919).

Bürgerkrieg und Hunger

Zum ersten Mal war nun die Arbeiterklasse, gestützt auf die armen Bauernmassen, an der Macht. Durch das Räteystem (die Sowjets) existierte eine gewisse Zeit die demokratischste Ordnung, die es je gab. Alle bürgerlichen Parteien, bis auf die faschistischen „Schwarzen Hundert“, konnten sich frei organisieren, solange sie nicht zum bewaffneten Kampf gegen den jungen Arbeiterstaat aufrufen.

Doch schon sehr bald bekam die Sowjetunion den Haß und die Wut des Imperialismus zu spüren. Das durch drei Jahre Weltkrieg ausgehungerte kriegsmüde Volk stand 21 verschiedenen Invasionsarmeen gegenüber. Die durch den Weltkrieg zerrüttete Industrie und Agrarwirtschaft mußte alles für den Bürgerkrieg hergeben. Die Wucht der Invasion führte dazu, daß das Gebiet des ersten Arbeiterstaates zeitweise auf einen kleinen Landstrich um Moskau und Petrograd zusammenschmolz.

Der Imperialismus war gegen Ende 1920 militärisch besiegt. Nun betrat allerdings mit aller Macht ein wesentlich gefährlicherer Feind die Bühne des Geschehens – ein Feind, der die eigentliche Bedrohung der Sowjetmacht werden

aus der Zuspitzung der Grundwidersprüche im entwickelten Kapitalismus ergibt. Zwingend insofern, als daß er die einzige Möglichkeit ist, diese Grundwidersprüche aufzuheben und somit der Gesellschaft eine Weiterentwicklung zu ermöglichen. Erreichbar ist dies allerdings nur durch die bewußte Aktion des Proletariats, nicht durch sich zwangsläufig einstellendes Schicksal. Der Aufbau des Sozialismus hat einen durch den Kapitalismus entwickelten hohen Stand der Produktivkräfte zur Voraussetzung. Wir sahen aber, daß das russische Volk nicht warten konnte, bis die Bourgeoisie gnädigerweise diesen Stand der Produktivkräfte erreichte. Die allgemeine Not zwang sie genauso wie heute die Massen in den eskalierenden Ländern zur Revolution.

Die Bourgeoisie war, durch ihr spätes Auftreten auf dem Weltmarkt, nicht in der Lage, Unabhängigkeit von Adel und Imperialismus durchzusetzen. Sie spielte von Anfang an keine progressive, sondern vielmehr eine konterrevolutionäre Rolle. Nur die Machtergreifung der Arbeiterklasse ermöglichte es, die Industrie und Agrarwirtschaft entscheidend weiterzuentwickeln. „Anwendung sozialistischer Methoden auf die Lösung vorsozialistischer Aufgaben“,

terstaates? Zunächst einmal die Umwandlung der im Privatbesitz liegenden Produktionsmittel in Staatseigentum und die Verteidigung und Sicherung der Revolution gegen die alte entmachtete herrschende Klasse, die Bourgeoisie. Lenin schreibt: „Beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung noch notwendig, aber es ist dies bereits eine Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausbeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Maschinerie zur Unterdrückung, ein „Staat“ ist noch notwendig, aber es ist das bereits ein Übergangstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven von gestern ist eine so verhältnismäßig leichte, einfache und natürliche Sache ...“ D.h., es existiert für eine Übergangszeit noch ein Klassenstaat, allerdings mit einem gänzlich neuen Charakter, ein Staat, der im Begriff ist, abzusterben. Der Arbeiterstaat hat aber noch eine weitere, wesentlichere Aufgabe, nämlich die Weiterentwicklung der Produktivkräfte.

Produktivkräfte

Der Kapitalismus hat zwar die Produktionsmittel auf ein nie dagewesenes Niveau gebracht, aber von einem ständig vorhandenen Überfluß an Lebensgütern kann noch nicht die Rede sein. Dies zu erreichen bleibt dem Sozialismus, erst recht auf Weltweite, überlassen. Erst wenn die Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise gesprengt, Privatbesitz und Nationalstaat beseitigt sind, können die Produktivkräfte dieses Niveau erlangen. Doch wie kann dieses Ziel erreicht werden, wie wird die Verteilung der Waren und der Arbeit organisiert?

Marx benutzte ein sehr gutes Bild, als er über die Entstehung einer neuen Gesellschaftsform schrieb. Sie ist ... in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt". Diese „Muttermale“ spielen in einer der wichtigsten Fragen aller Klassengesellschaften eine zentrale Rolle, nämlich nach welcher Regel, welcher „Rechtsnorm“ die knappen Güter verteilt werden.

„Das Recht kann nie höher sein“, schreibt Marx in der Kritik des Gothaer Programms, „als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kultur-entwicklung der Gesellschaft.“ Die Produktionsweise hatte sich zwar radikal verändert mit der Machtergreifung des Proletariats, nicht aber die Produktivkräfte. Eine andere Verteilung als nach „bürgerlichem“ Recht ist nicht möglich, die jegliche Verteilungsnormen überhaupt überflüssig sind. Jeder wird also nur Anrecht auf Güter haben, die seiner Arbeitsleistung entsprechen, unabhängig von seinem Bedarf. Es gibt eine rechtliche Gleichstellung, aber jedes Recht besteht“, so Marx weiter, „in der Anwendung von gleichen Maßstäben auf ungleiche Individuen (...), das „gleiche Recht“ ist daher eine Verletzung der Gleichheit und eine Ungerechtigkeit.“

Andere Normen aber als die des „bürgerlichen Rechts“ sind nicht vorhanden. Insofern bleibt noch die Notwendigkeit des Staates bestehen, der unter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Gleichheit der Arbeitsleistung und die Gleichheit der Verteilung der Produktion zu schützen hat.

Der Staat stirbt ab, insofern es keine Kapitalisten, keine Klassen mehr gibt und man daher auch keine Klasse mehr unterdrücken kann. Der Staat ist aber noch nicht ganz abgestorben, denn noch bleibt die Wahrung des „bürgerlichen Rechts“, das „die faktische Ungleichheit sanktioniert“ (Lenin). Lenin zog hieraus eine wesentliche Schlussfolgerung: Wenn der „enge bürgerliche Rechtskreis“ in der ersten Phase des Kommunismus als Verteilungsnorm erhalten bleiben muß, so setzt das ... auch den bürgerlichen Staat voraus, denn das Recht ist nichts ohne einen Apparat, der im Stande wäre, die Erhaltung der Rechtsnormen zu erzwingen.“

Wir haben es also nach Lenin in der ersten Phase mit dem scheinbaren Paradoxon eines „bürgerlichen Staates – ohne Bourgeoisie“ zu tun.

Muttermale

der alten Gesellschaft

Erinnern wir uns, daß die neue Gesellschaft aus dem Schoß des entwickelten Kapitalismus entstehen sollte. Mit welchen „Muttermalen“ muß dann ein isolierter Arbeiterstaat übersät sein, der sich aus dem durch und durch rückständigen zaristischen Rußland entwickelte?

Die Industrieproduktion ist, wie schon erwähnt, 1921 auf ein Drittel der Vorkriegsproduktion gefallen. Der Bauer erhielt nichts im Austausch mit den abgelieferten Agrarprodukten. Die Bauern, die noch in der Lage gewesen waren, Landwirtschaft zu betreiben, stellten daraufhin ihre Produktion fast gänzlich ein. Es folgten die Hungerkatastrophen 1920 und 22. Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern drohte zu zerbrechen. Die Sowjetunion stand 1921 vor dem Zusammenbruch. Ohne Hilfe einer sozialistischen Revolution in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land war nur ein geordneter „Rückzug“, so Lenin, möglich, die Einführung besonderer „Übergangsmaßnahmen“, ... die völlig unüblich wären im Ländern des entwickelten Kapitalismus

„Der Sozialismus ist nur denkbar, wenn sowohl in der Industrie als auch in der Agrarwirtschaft eine Großproduktion vorhanden ist. Wie sah die UdSSR 1921 aus? Selbst die städtische und bäuerliche Kleinproduktion stand kurz vor dem Kollaps. „Der Kapitalismus ist ein Übel gegenüber dem Sozialismus“, so Lenin. „Der Kapitalismus ist ein Segen gegenüber dem Mittelalter, gegenüber

der Kleinproduktion ... Insofern wir noch nicht imstande sind, den unmittelbaren Übergang von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu verwirklichen, insofern ist der Kapitalismus in gewissem Maße unvermeidlich als vermittelndes Kettenglied zwischen der Kleinproduktion und dem Sozialismus, als Mittel, Weg, Behelf, Methode zur Steigerung der Produktivkräfte.“

NEP

Man war nicht nur dazu gezwungen, „bürgerliche Rechtsnormen“ zu erhalten, sondern die Unterentwicklung und Isolation verdammten die Bolschewiki dazu, kapitalistische Wirtschaftsformen wieder einzuführen.

Um durch den Aufbau der Großindustrie die materielle Basis für den Sozialismus zu schaffen, war die „Wiederherstellung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß“ nötig (Lenin) –



Die Revolutionäre, die die russische Arbeiterklasse zum Sieg führten, standen der Bürokratie im Weg. Was mit den Mitgliedern von Lenins Zentralkomitee von 1917 geschah, zeigt dieses Bild von 1934.

Konzessionen an ausländische Kapitalisten, Verpachtung an Privatkapitalisten, freier Handel.

Welcher Lohn, wenn Gorbatschow heute, als Führer der zweitgrößten Industrie- und der größten Militärmacht die Einführung kapitalistischer Wirtschaftsmethoden mit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) Lenins vergleicht? Gerade Lenin wies immer wieder auf die großen Gefahren der NEP hin. Er zitiert einen ehemaligen bürgerlichen russischen Politiker folgendermaßen: „Ich bin für die Unterstützung der Sowjetmacht in Rußland, weil die den Weg beschritten hat, auf dem sie bei der gewöhnlichen bürgerlichen Staatsmacht landet.“ Lenin fährt fort: „Der Feind spricht die Klassenwahrheit aus und weist damit auf die Gefahr hin, vor der wir stehen. Sie bringen die Stimmung von Tausenden und Zehntausenden alter möglichen Bourgeois oder Sowjetangestellten, die unsere Neue Ökonomische Politik mitmachen, zum Ausdruck.“ Nicht nur aus diesem Grund stellte Lenin bereits 1922 die Forderung nach der „Einstellung des Rückzugs“, die ersten Erfolge der NEP waren schon sichtbar geworden.

Eine Verdoppelung der Produktion zwischen 1922 und 23 fand statt, 1926 wurde dann das Vorkriegsniveau wieder erreicht, eine Verfünffachung im Vergleich zu 1921.

Gefahren

Lenin wies neben der Gefahr, die durch die Bourgeoisie der UdSSR drohte, auf eine andere hin: den „Sowjetangestellten“. Zwei Monate vor der Oktoberrevolution schrieb Lenin das wohl beste Buch zum marxistischen Staatsverständnis: „Staat und Revolution“. Hier schrieb er:

„Der Kapitalismus vereinfacht die Funktionen der Staatsverwaltung, er macht es möglich, das ‚Vorgesetztenwesen‘ zu beseitigen und das Ganze auf die Organisation der Proletarier (als herrschende Klasse) zu reduzieren, die im Namen der gesamten Gesellschaft, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter“ einstellen wird.

Organisieren wir Arbeiter selber die Großproduktion, davon ausgehend, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, auf unsere Arbeitererfahrung gestützt, mit Hilfe strengster, eiserner Disziplin, die von der Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter aufrechterhalten wird; machen wir die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern unserer Auf-

träge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten ‚Aufsehern und Buchhaltern‘ (dazu natürlich Techniker jeder Art, jeden Ranges und Grades) – das ist unsere proletarische Aufgabe, damit kann und muß man bei der Durchführung der proletarischen Revolution beginnen.“

„Die uneingeschränkte Wählbarkeit und ‚jederzeitige‘ Absetzbarkeit ausnahmslos aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen ‚Arbeiterlohn‘“, das waren die Forderungen Lenins an einen Arbeiterstaat, dessen Umsetzung direkt nach der Revolution erfolgen sollte. Die nach einer sozialistischen Revolution nötigen Funktionen des Arbeiterstaates können ... alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, ausüben, so daß man sie für gewöhnlichen Arbeiterlohn wird leisten und ihnen jedes Schimmer eines Vorrechts, eines ‚Vor-

dieser Welle schwang sich eine neue kommandierende Schicht empor.“

Avantgarde der Bürokratie

Sehr früh schon begann ein Prozeß der Verschmelzung von Partei- und Staatsapparat, der Beginn der Bürokratisierung der Partei des Proletariats, der KPdSU. Verstärkt wurde diese Tendenz durch den Zustrom neuer Schichten in die Partei. Schichten, die zwar erklärte Gegner der Revolution gewesen waren, sich aber mit den neu geschaffenen Realitäten abfinden mußten, sich mit dem System arrangierten – eben jene NEP-Leute und Sowjetangestellten. Das deimierte, desillusionierte Proletariat konnte dem nichts entgegenzusetzen.

Die Niederlagen der Arbeiterklasse Deutschlands 1923, Großbritannien 1926, die Niederschlagung der chinesischen Revolution – „das sind die histo-

tumsverhältnissen, der verstaatlichten Industrie, Grund und Boden. Sie hat sich eine besondere Besitzverhältnisse geschaffen. Ihre Macht liegt ausschließlich in der besonderen Stellung begründet, die sie im Staatsapparat einnimmt. Die eigentlich herrschende Klasse“ ist und bleibt das Proletariat.

Unabhängigkeit

„Unter keinem anderen Regime außer dem der UdSSR hat die Bürokratie einen solchen Grad der Unabhängigkeit von der herrschenden Klasse erlangt. In der bürgerlichen Gesellschaft vertritt die Bürokratie die Interessen der besitzenden und gebildeten Klasse, die über unzählige Mittel verfügt, ihre Verwaltung zu kontrollieren. Die Sowjetbürokratie jedoch schwang sich über eine Klasse auf, die eben erst aus Elend und Dunkel befreit und keine Traditionen im Herrschen und Kommandieren besitzt.“ (Trotzki)

Gleichzeitig war die Bürokratie allerdings gezwungen, die Planwirtschaft weiterzuentwickeln. Sie spielte eine relativ progressive Rolle. So hat sich der Anteil an der Weltproduktion binnen 50 Jahren von 3% auf 20% erhöht, ein unumstößlicher Beweis für die Überlegenheit der Planwirtschaft. Hat sich nun aber etwa durch etwas an der bürokratischen Herrschaft verändert, ist der „Beamtenstaat“ durch die demokratischen Organe der Arbeiterklasse ersetzt worden? Ist die „besondere“ Repressionsgewalt „Staat“ abgestorben? Noch immer gibt es keine jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit, noch immer ist der gewöhnliche Arbeiterlohn nicht verwirklicht – im Gegenteil.

Die weitere Entwicklung der Produktivkräfte führte nicht zu einer Verschwinden der Bürokratie, sie setzte dazu, die Möglichkeiten, sich zu verhalten, wuchsen, Korruption und Vetternwirtschaft ein nie gehautes Niveau erreichte. Parallel dazu verlor die Bürokratie immer mehr ihre relativ progressive Rolle, somit auch die scheinbare Berechtigung ihrer Existenz.

Absolute Fessel

Je komplexer die Wirtschaft wurde, desto unfähiger sieht sich die bürokratische Plan, desto heftiger schreien die Produktivkräfte nach Arbeiterdemokratie und Kontrolle. Die Bürokratie wurde zur absoluten Fessel.

Gorbatschows „Revolution“ ist nichts anderes als der Versuch, mit Rechtsformen von oben die politische Revolution von unten zu verhindern, der Versuch, die schlimmsten Auswüchse bürokratischer Herrschaft auszumerken, die Illusion, durch eine Mischung aus bürokratischer Mißwirtschaft mit kapitalistischer Marktwirtschaft die Herrschaft wieder zu stabilisieren. Armeisten, Berg Karabach, aber auch die Sireiks und Demonstrationen der Arbeiter gegen die schlechte Versorgung, Lohnsenkungen und steigenden Arbeitsdruck, gegen die Spitzen von Partei und Staat zeigen die Grenzen dieser Manöver.

Die Spaltung der Bürokratie, das Aufwachen der mächtigsten aller Arbeiterklassen, des Proletariats – der Sowjetunion, markieren aber das Ende der bürokratischen Herrschaft.

Frank Kirsch, Köln
Jugsozialist

gesetztenrechts“ wird nehmen können (und müssen).“

Nur wie sollte das aber im rückständigen Rußland durchgeführt werden? In einem Land, wo nur 30% lesen und schreiben konnten und wo die Funktion des Staats nicht auf so einfache Operationen der „Registrierung, Buchung und Kontrolle“ beschränkt werden konnte? Der Zwang, bürgerliches Recht mit aller Brutalität durchzusetzen, die ererbte kulturelle Rückständigkeit und das Scheitern der internationalen Revolution, ließen in Staat und Verwaltung einen Apparat entstehen, der von niemandem mehr kontrolliert, geschweige denn abgewählt werden konnte. Lenin 1922: „Wir nennen einen Apparat unseren eigenen, der uns in Wahrheit vollkommen fremd bleibt, einen bürgerlichen und zaristischen Plunder“

„In der Konzeption seiner Rede zum zehnten Sowjetkongreß: „Der Staatsapparat überhaupt: Er ist unter aller Kritik, unter dem Niveau der bürgerlichen Kultur“, und weiter unten: „... nicht unausgehebt dieser Apparat, sondern wir gehören ihm!“

Bürokratie

Die Bürokratie entstand als ein Organ im Arbeiterstaat mit der sozialen Funktion, einer Minderheit notwendige Privilegien zu schaffen und diese zu schützen. „Wer Güter verteilt, ist noch nie zu kurz gekommen. So erwächst aus dem sozialen Bedürfnis ein Organ, das die gesellschaftlich notwendige Funktion weit übertreibt, zu einem selbständigen Faktor und damit zur Quelle großer Gefahr für den gesamten Organismus der Gesellschaft wird.“ (Lenin)

Bis jetzt hat noch jede Revolution eine Welle der Reaktion ausgelöst, meist endete sie bisher mit dem Sieg der Konterrevolution. Trotzki schreibt: „Statt des erhofften Wohlergehens trat bitterste Not auf lange Zeit im Lande der Herrschaft an, außerdem waren die hervorragendsten Vertreter der Arbeiterklasse entweder im Bürgerkrieg umgekommen, oder sie hatten sich um einige Grade über die Massen erhoben und von ihnen losgelöst. So folgte auf eine beispiellose Anspannung der Kräfte, Hoffnungen und Illusionen eine lange Periode der Müdigkeit, Niedergeschlagenheit und direkter Enttäuschung über die Resultate des Umsturzes. Das Verleben des plebejischen Stotzes machte einer Flut des Kleinmuts und des Strebertums Platz. Auf

rischen Katastrophen, die in den Sowjetmassen den Glauben an die Weltrevolution ertöteten und der Bürokratie erlaubten, als einziger rettender Leuchtturm immer höher aufzutragen“, schreibt Trotzki. So wurde aus der Avantgarde des Proletariats die Avantgarde der Bürokratie.

Trotz der zunehmenden Apathie der Arbeiterklasse wurde die Machtergreifung der Bürokratie in der Partei von schweren Kämpfen begleitet. Der Spaltungsprozeß wurde durch Lenins frühen Tod 1924 verschärft und trat offen zu Tage. Doch hier hatte die Bürokratie einen weiteren Pluspunkt. Den zweit-rangigen Posten des Generalsekretärs hatte ein drücklassiger, zu dieser Zeit noch unbekannter Politiker inne: Stalin. Er war für die anscheinend wenig beachtete Aufgabe der Organisation der Partei und des Apparates zuständig. Welche Machtvolle er angesammelt hatte, wurde erst später deutlich. Anfang 1923 forderte Lenin die sofortige Ablösung Stalins. Seine Krankheit und sein Tod verhinderten einen aktiven Kampf Lenins gegen Stalin.

Linke Opposition

Die Linke Opposition, die sich hauptsächlich um die Frage der Weiterentwicklung der NEP und im Kampf gegen die Bürokratisierung gebildet hatte, wurde nach Lenins Tod bis zur Deportation Trotzki zielschießend ausgeschaltet. Eine entscheidende Rolle spielte hierbei die Verlangung und Verschärfung der Zugeständnisse an die NEP-Leute, die städtischen Händler und die großen Bauern, die Kulaken, für die sich auch Bucharin stark machte. Durch diese Zugeständnisse an die kapitalistischen Tendenzen und durch die weitere Schwächung der Arbeiterklasse schaffte sich die Bürokratie zusätzlich eine soziale Basis.

Trotzki schreibt: „Indem die Bürokratie die Verworfenheit und Passivität der Werktätigen auszunutzen, deren rückständige Schichten gegen die fortgeschrittenen ausstellte, sich immer unwehler auf den Kulaken und überhaupt den kleinbürgerlichen Verbündeten stützte, zerschlug sie in ein paar Jahren die revolutionäre Vorhut des Proletariats.“ Es war eine „bürokratische Konterrevolution“. Aus Dienern der Gesellschaft wurden Herren, sie usurpierten die Macht.

Die Herrschaft der Bürokratie basiert allerdings auf den von der proletarischen Revolution geschaffenen Eigen-

Perestroika in der Sowjetunion

Durch marktwirtschaftliche Elemente zum Sozialismus?

Der Umbau der sowjetischen Wirtschaft - Perestroika - ist eines der Markenzeichen des Gorbatschow-Kurses. Marktwirtschaftliche Elemente sollen eingeführt, gemeinsame Unternehmen mit westlichen Kapitaleignern („joint ventures“) aufgebaut, das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft soll gefördert werden.

Dabei nimmt die sowjetische Führung unter Gorbatschow immer wieder Bezug auf die sogenannte „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP) Lenins, die 1921/22 einen Kurswechsel in der damaligen Wirtschaftspolitik markierte und durch die ebenfalls im großen Umfang kapitalistische Elemente zugelassen wurden.

Laut Gorbatschow bedeutet Perestroika, auch in der Wirtschaftspolitik die stalinistischen Entartungen und Verkrustungen aufzubrechen und wieder zur leninischen Politik zurückzukehren. Doch ist die Einführung kapitalistischer Elemente (tatsächlich die angemessene Antwort auf die wirtschaftlichen Probleme in der Sowjetunion? Bietet die Neue Ökonomische Politik Lenins Lösungsansätze für die heutige Situation?

Um Sinn und Bedeutung der NÖP richtig zu erfassen, muß man zunächst die Lage des Landes Anfang der 20er Jahre näher beleuchten.

Mit der Oktoberrevolution von 1917 hatte die Arbeiterklasse in einem rückständigen Land gesiegt; die Kette des Imperialismus war an ihrem schwächsten Glied gebrochen - nicht in einem entwickelten kapitalistischen Land, wo der Entwicklungsstand der Produktivkräfte wesentlich bessere Möglichkeiten zum Aufbau des Sozialismus geboten hätte. Die Führung der Bolschewiki unter Lenin sah sich also der Aufgabe gegenüber, den ersten Arbeiterstaat der Geschichte in einem Land zu festigen, in dem die Arbeiterklasse sich in der Minderheit befand (ca. 10% der Bevölkerung) und die große Mehrheit der Bevölkerung kleine und mittlere Bauern waren. Die Zahl der Bauernwirtschaften hatte sich durch die Errungenschaften der Revolution selbst noch einmal erhöht, weil der Großgrundbesitz enteignet und an Landlose und kleine Bauern verteilt worden war.

Hinzu kamen die Verwüstungen des ersten Weltkrieges und des anschließenden Bürgerkrieges, als der junge Arbeiterstaat die Invasion von 21 imperialistischen Armeen zurückschlagen mußte. Am Ende der insgesamt sieben Kriegsjahre standen Landwirtschaft und Industrie nahezu vor dem Ruin. Die Kräfte waren völlig erschöpft. Zusätzlich verschärften sich die Hungersnöte durch eine schwere Missernte.

Neue Ökonomische Politik

Die Sowjetmacht befand sich damit auch politisch in einer sehr gefährlichen Lage:

- Sie blieb isoliert in einem rückständigen Land, weil die revolutionären Bewegungen in Westeuropa durch das Versagen der sozialdemokratischen Führungen eine Niederlage nach der anderen erlitten. Die Bolschewiki hatten aber ihre politischen Perspektiven immer auf den Sieg der Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausgerichtet, von wo aus dann Hilfe für den Aufbau der Sowjetwirtschaft kommen würde (die Idee, den „Sozialismus in einem Land“, noch dazu in einem so rückständigen wie Rußland, aufbauen zu können, war eine spätere Erfindung Stalins).

- Die politische Grundlage der Oktoberrevolution, nämlich das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Masse der kleinen Bauern, drohte an der tiefen Krise der bäuerlichen Wirtschaft zu zerschellen.

- Die Arbeiterklasse selbst war durch die sieben Kriegsjahre zahlenmäßig stark geschwächt und gezwungen, durch Kleinhandel und Tauschgeschäfte das Notwendigste für den täglichen Nahrungsbedarf zusammenzubringen; die Industrieproduktion lag damit völlig am Boden, die Arbeiterklasse als produzierende Klasse befand sich praktisch im Zustand der Auflösung - und das in einem Staat, dessen Grundlage die Macht eben dieser Klasse sein sollte.

Vor diesem Hintergrund waren drastische wirtschaftliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Industrie und

vor allem darin, daß die Bauern ihre Überschüsse unentgeltlich abliefern mußten und der Staat direkte Verteilung der Lebensmittel und Güter vornahm, auf der Grundlage der verallgemeinerten Not (insoweit hatte das ganze natürlich nichts mit „Kommunismus“ zu tun). Es war Wirtschaftspolitik in einer „belagerten Festung“, diktiert von den Zwängen des Bürgerkrieges.

Mit dem Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik“ ab Frühjahr 1921 wurde die Ablieferungspflicht der Bauern aufgehoben. Lediglich eine sogenannte „Naturalsteuer“ wurde auf einen kleinen Teil der landwirtschaftlichen Überschüsse erhoben. Durch die Wiederzulassung von freiem Handel für die Bauern und Kleinproduzenten wurde der Markt in beträchtlichem Umfang wiederhergestellt. Staatliche Industriebetriebe wurden zum Teil an Privatkapitalisten verpachtet. Ausländische Kapitalisten erhielten einige Konzessionen zur Ausbeutung von Rohstoffvorkommen.

Der Arbeiterschaft als Klasse, zur Hebung der Nahrungsmittelversorgung und Verbesserung der Lage der Bauernschaft nötig. Man mußte vom sogenannten „Kriegskommunismus“ der Bürgerkriegsjahre zur „Neuen Ökonomischen Politik“ übergehen. Der „Kriegskommunismus“ bestand

von allem darin, daß die Bauern ihre Überschüsse unentgeltlich abliefern mußten und der Staat direkte Verteilung der Lebensmittel und Güter vornahm, auf der Grundlage der verallgemeinerten Not (insoweit hatte das ganze natürlich nichts mit „Kommunismus“ zu tun). Es war Wirtschaftspolitik in einer „belagerten Festung“, diktiert von den Zwängen des Bürgerkrieges.

Mit dem Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik“ ab Frühjahr 1921 wurde die Ablieferungspflicht der Bauern aufgehoben. Lediglich eine sogenannte „Naturalsteuer“ wurde auf einen kleinen Teil der landwirtschaftlichen Überschüsse erhoben. Durch die Wiederzulassung von freiem Handel für die Bauern und Kleinproduzenten wurde der Markt in beträchtlichem Umfang wiederhergestellt. Staatliche Industriebetriebe wurden zum Teil an Privatkapitalisten verpachtet. Ausländische Kapitalisten erhielten einige Konzessionen zur Ausbeutung von Rohstoffvorkommen.

Ursachen und Ziele der NÖP
Lenin begründete die NÖP in zahlreichen Artikeln und Reden des Jahres 1921 mit:

- dem Ausbleiben bzw. der Verzögerung der internationalen Revolution, also der Isolation des ersten Arbeiterstaates;
- der allgemeinen Ermattung durch den Krieg und der Krise der Landwirtschaft;
- der Gefährdung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft;
- der Schwächung der Großindustrie und damit der Deklassierung großer Teile der Arbeiterschaft.

Ziel der NÖP sollte laut Lenin sein, sich „noch einmal an den Wiederaufbau der Großindustrie zu machen“. Dazu sei es nötig, „alle Kraft und Mühe aufzuwenden, um den bäuerlichen Kleinbetrieb zu verbessern. Ihm Textilien, Maschinen und andere Erzeugnisse der Großindustrie zu liefern - diese Aufgabe vermochten wir nicht zu lösen, aber sie muß sofort gelöst werden, und zwar muß sie gelöst werden mit Hilfe der Kleinindustrie... Es ist also notwendig, in gewissem Maße zur Wiederherstellung der Kleinindustrie beizutragen, die kleine Maschinen erfordert, die weder staatliche noch große Vorräte an Rohmaterial, Brennstoff und Lebensmitteln erfordert, die der bäuerlichen Wirtschaft sofort eine gewisse Hilfe zu leisten und ihre Produktivkräfte zu heben

Moskauer Geschichtsschreibung: Neue Lügen unter dem Deckmantel „Vergangenheitsbewältigung“

Nach dem Tod Lenins war die Frage des weiteren wirtschaftspolitischen Kurses Gegenstand heftiger parteiinterner Auseinandersetzungen. (Damals gab es diese noch, bevor dann unter Stalins Alleinherrschaft die Grabesruhe einkehrte.)

Im Zeichen von „Glasnost“ kristallisiert sich bei der heutigen sowjetischen Geschichtsschreibung folgende These dazu heraus: Mit den Zwangskollektivierungen ab Ende der 20er Jahre übernahm Stalin die falsche, „trozkistische“ Linie. Demgegenüber wäre die Fortsetzung der NÖP, also die Bucharinsche Linie, korrekt gewesen. (Nicht zufällig wurde Bucharin ja auch bereits politisch rehabilitiert.) Doch wie verliefen die Auseinandersetzungen damals tatsächlich?

Lenin hatte die weitere wirtschaftliche Entwicklung nach Einführung der NÖP (siehe nebenstehenden Artikel) etwa so skizziert: mit den Goldreserven Lebensmittel im Ausland kaufen; die Ernährungslage dadurch verbessern; die Landwirtschaft ankurbeln, um Selbstversorgung und Kleinproduktion zu gewährleisten; die Industrie wieder in Gang zu setzen mit dem Ziel, die Großproduktion wieder aufzunehmen und Industriegüter an die Bauern im Austausch für landwirtschaftliche Produkte liefern zu können; Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Parzellenwirtschaft in Genossenschaften - als Vorstufe zu Kollektiven -, sobald die Industrie das dazu nötige Inventar (Maschinen usw.) liefern kann; schließlich Übergang zu den eigentlichen sozialistischen Maßnahmen wie planvoller Ausbau der Industrie und Aufbau von Kollektiven in der Landwirtschaft, sobald die industrielle Großproduktion wiederhergestellt ist.

Stalin/Bucharin-Block

Doch die herrschende Fraktion um Stalin sowie Bucharin (zentrale Figur der sogenannten „Rechten Opposition“) wies dies entschieden zurück. Sie traten im Gegenteil für eine weitere Ausdehnung der NÖP-Maßnahmen ein, wie z.B. Aufweichung des staatlichen Außenhandelsmonopols, Entnationalisierung des Grund und Bodens, Verpachtungen an Private auf Lebenszeit. Ihre Strategie drückt sich kurz und bündig in dem Ausruf Bucharins an die Bauern aus: „Bereichert Euch!“ Die Forderungen der Linken Opposition nach schnellerem Wachstumstempo in der Industrie wurde von Stalin/Bucharin als „Unterschätzung der Bauernschaft“ und „Überindustrialisierung“ zurückgewiesen. Die Parole hieß vielmehr: „Aufbau des Sozialismus im Schnecken tempo“.

Linke Opposition

Die Maßnahmen der NÖP brachten vor allem in der Landwirtschaft eine rasche Verbesserung der Lage. Daher befürwortete ein Teil der Partei um Trotzki (die spätere „Linke Opposition“) die stärkere staatliche Förderung der Industrie und schlug auch schon 1923 erstmalig die Aufstellung eines mehrjährigen Planes vor. Sie forderten, Zug um Zug die NÖP-Maßnahmen entsprechend dem Entwicklungsstand der Industrie zurückzudrängen.

Im Wirtschaftsjahr 1926/27 war der Stand der Vorkriegsproduktion wieder erreicht. Spätestens da war Sinn

hatte die Gefahr des Wiedererstarkens einer Bourgeoisie von Anfang an gesehen: Doch der herrschende Block Stalin/Bucharin schlug alle Warnungen in den Wind und bestritt sogar die Existenz der Kulaken (reichen Bauern), die als „Phantastiegebilde der Opposition“ bezeichnet wurden.

Kehrtwende
Aber als im Jahr 1928 durch Lebensmittelknappheit das Land erneut vor einer Hungersnot stand, stellte sich heraus, daß Lebensmittelvorräte und Handel zum großen Teil unter der Kontrolle von Kulaken und NÖP-Leuten standen, die wegen niedriger staatlicher Abnahmepreise einen Lebensmittelboykott organisiert hatten. Unter dem Eindruck dieser Wirtschaftskrise des Jahres 1928 vollzog Stalin panikartig eine Kehrtwende. „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ und Zwangskollektivierungen waren angesagt, die auf dem Höhepunkt Anfang der 30er Jahre sämtliches Hab und Gut der bäuerlichen Haushalte umfaßten und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Land führten. Die Linke Opposition (inzwischen längst aus der Partei ausgeschlossen) protestierte energisch gegen diese katastrophale Politik. Sie war für einen allmählichen, freiwilligen Ausbau der Kollektive über einen Zeitraum von 10-15 Jahren eingetreten, entsprechende Möglichkeiten der Industrie, Maschinen für den landwirtschaftlichen Großbau zu liefern. Stalin zog jedoch mit militärischen Mitteln eine schlagartige, brutale Zwangskollektivierung durch, vielfach auf der Basis des Holzplüfges. Unter den verheerenden Folgen hatte die sowjetische Landwirtschaft jahrzehntlang zu leiden.

Die Wurzeln dieser abenteuerlichen Politik lagen in den Fehlern des vorhergehenden wirtschaftlichen Kurses, der vor allem mit dem Namen Bucharin verbunden war. Die neue Moskauer Geschichtsauffassung stellt daher eine Verdrehung der Tatsachen dar. Unter dem Deckmantel der Vergangenheitsbewältigung wird eine neue historische Lüge aufbereitet.

vermag. ... Wenn der Staat nicht große Lebensmittelvorräte in seinen Händen konzentriert, kann von einem Wiederaufbau der Großindustrie keine Rede sein. Vor allem deshalb führen wir denn auch diese Politik durch, die unsere Ernährungsverhältnisse ändert. Wir führen sie durch, damit wir einen Fonds für den Wiederaufbau der Großindustrie bekommen, damit die Arbeiterklasse vor allen Betriebsstörungen bewahrt bleibt ... dann werden von der Bauernbevölkerung die Produkte nicht in Form einer Steuer, sondern im Austausch gegen Industrieerzeugnisse bezogen werden, die ihr die Arbeiterklasse liefern wird. ... Das größte Übel bestand darin, die ununterbrochene Produktionsarbeit in den größten Betrieben zu sichern, die uns in geringer Zahl verbleiben waren. Das ist das Ausschlaggebende. Ohne diese ökonomische Basis kann es keine feste politische Macht der Arbeiterklasse geben."

Heutige Lage nicht vergleichbar

Schon dieser kurze Überblick über die damalige Situation, die Ursachen und Ziele der NÖP macht deutlich, daß die heutige Lage der Sowjetunion damit in keiner, aber auch gar keiner Weise vergleichbar ist.

Die Sowjetunion ist heute ein moderner Industriestaat, die zweitgrößte Wirtschafts- und Militärmacht der Welt. Die Arbeiterklasse ist keine Minderheit in der sowjetischen Gesellschaft mehr. 2/3 der Bevölkerung leben in Städten; knapp 70% zählen zur Arbeiterklasse. Es ist die zahlenmäßig größte und wohl auch die gebildetste Arbeiterklasse der Welt. Über 30% aller Arbeiter haben mittleren oder höheren Schulabschluß. Unter den jungen Arbeitern bis 30 Jahre sind es sogar über 50%.

Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß heute die Notwendigkeit besteht, kapitalistische Elemente einzuführen, um die Grundlagen für den Aufbau der Großindustrie und einer starken Arbeiterklasse, und damit die Grundlagen für einen Übergang zum Sozialismus zu schaffen. Diese Grundlagen, die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Entwicklung, sind in der UdSSR längst vorhanden.

Man könnte einwenden, daß es ja auch heute eine Krise in der Landwirtschaft gibt und die Versorgung der Bevölkerung alles andere als zufriedenstellend ist. Wäre deshalb vielleicht doch ein Rückgriff auf kapitalistische Marktelemente nötig?

Aber wo liegen die Ursachen für Wirtschaftskrise und schlechte Versorgungslage heute? Etwa darin, daß die Groß- und Schwerindustrie am Boden liegt und kaum industrielle Erzeugnisse geliefert werden können, wie dies zu Zeiten der NÖP der Fall war? Wohl kaum! In der Sowjetunion werden heute über eine Million verschiedener Industrieerzeugnisse gefertigt. In vielen Branchen der Grundstoff- und Schwerindustrie (z. B. Öl, Zement, Stahl, u. a.) nimmt die Sowjetunion den ersten Platz unter den Industrienationen ein.

Wenn Versorgungslage, Qualität der Produkte und Produktivität der Arbeit trotzdem mangelhaft sind, so liegt dies einzig und allein an der Unfähigkeit der Bürokratie, deren Existenz eine ungeheure Fessel für die Weiterentwicklung der Wirtschaft darstellt. Es ist unmöglich, einhunderttausend Industriebetriebe, von denen viele über 100.000 Menschen beschäftigen, einhunderttausend Baustellen, die zeitweise bis zu 300.000 Menschen beschäftigen, durch die Kontrolle von Bürokraten an der Spitze zu betreiben. Eine Kommando-Wirtschaft, in der die Entscheidungen durch Befehlsgewalt von Bürokraten (sowohl zentral als dezentral) getroffen werden, muß zwangsläufig in Fehlplanungen, Mißwirtschaft und Korruption münden.

Keine Kontrolle

Im Kapitalismus übt der Markt eine gewisse Kontrolle über die Effektivität der Produktion aus (wenn auch z. T. durch die Monopole eingeschränkt): Mangelnde Produktivität, Mißmanagement und Fehlplanungen führen letztendlich zum Konkurs einer Firma. Dies ist natürlich eine sehr verschwendische Art der Kontrolle: Unternehmen werden geschlossen, Maschinen stehen still, Menschen werden arbeitslos.

In der Planwirtschaft, wo der Staat gewissermaßen ein großes Unternehmen ist, gibt es diese Art der Kontrolle nicht. Die einzige mögliche Kontrolle über die Effizienz der Produktion kann hier nur von den Produzenten selbst ausgehen, indem nämlich die Arbeiter demokratisch die Wirtschaftsabläufe kontrollieren. Planwirtschaft braucht Demokratie wie der Mensch den Sauerstoff - diese (ursprünglich von Trotzki geprägte) Aussage führt jetzt auch Gorbatschow häufig an.

Doch tatsächlich orientiert sich die heutige Führung der UdSSR an marktwirtschaftlichen Kontrollmechanismen des Westens. Schließung von Firmen, Zulassung von Arbeitslosigkeit (manche sowjetische Wirtschaftswissenschaftler halten bis zu 16 Mio. Arbeitslose für "vertretbar"), Streichung von Subventionen und Preissteigerungen - auf diese Weise wird auch im Westen die Wirtschaftskrise auf dem Rücken



Durch Glasnost und Perestrojka versucht Gorbatschow die Bevölkerung zu beruhigen ...

der Arbeiter ausgetragen. Sowjetischen Arbeitern muß es zusätzlich wie Hohn vorkommen, wenn ihnen dies auch noch als "Vervollkommnung des Sozialismus" und Rückkehr zu Leninschen Prinzipien" verkauft wird.

Kombination von Übeln

Die marktwirtschaftlichen Vorschläge und Maßnahmen im Rahmen der Perestrojka sind nicht neu. Sie wurden einzeln oder in Kombination schon allesamt in anderen Ostblockstaaten "ausprobiert" - in Ungarn, in Polen, am weitestgehenden in Jugoslawien. Doch sind sie weit davon entfernt, etwa die Vorzüge von Marktwirtschaft und Planwirtschaft miteinander zu verbinden, zu einer Art sozialistischer Marktwirtschaft oder marktwirtschaftlichem Sozialismus.

Mit der Einführung kapitalistischer Elemente wurden auch die Übel des Kapitalismus wieder importiert: Arbeitslosigkeit, Inflation sowie hohe Außenverschuldung. Gleichzeitig blieb jedoch die Monopolstellung der Partei, die zentrale Entscheidungsrolle der Bürokratie bestehen. (In Polen wird sie sogar direkt militärisch verteidigt.) Was man kombinierte, waren die Übel einer bürokratischen Befehlswirtschaft mit den Übeln der kapitalistischen Anarchie - vom Ergebnis kann man sich zur Zeit in Jugoslawien am anschaulichsten ein Bild machen, das am Rande des wirtschaftlichen Abgrundes steht.

Für einen Arbeiterstaat in einem rückständigen Land, wie er zu Zeiten Lenins bestand, mit halbfeudalen Verhältnissen und schwach entwickelter Industrie, war die Zulassung kapitali-

form ist, bedeutet die Einführung kapitalistischer Elemente ein Schritt zurück. Ein Arbeiterstaat, der sich in Richtung Sozialismus bewegen will, braucht Demokratie und Arbeiterkontrolle der Industrie, des Staates und des wirtschaftlichen Plans. Der Entwicklungsstand der Großindustrie, Kultur, Bildungsniveau und zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, der natürliche Reichtum der UdSSR - wenn all das in wissenschaftlicher und geplanter Weise bei demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle genutzt worden wäre: Die Sowjetunion hätte die entwickeltesten kapitalistischen Länder heute schon überholt.

Die materiellen Voraussetzungen des Sozialismus sind in der Sowjetunion gegeben. Nicht jedoch die politischen. Die Arbeiterklasse wurde in der Stalin-Ära politisch entrechtet und entmündigt. Mit der privilegierten Bürokratie hat eine Elite die Macht an sich gerissen, die sie bis heute innehat.

Systemfrage

Mit der Verurteilung Stalins ist die Sache nicht erledigt. Stalin war nur der oberste Repräsentant einer ganzen herrschenden Kaste, die nach Millionen zählte und heute noch zählt. Auch mit (inzwischen auch fast rituellen) Verurteilung der Breschnew-Ära als "Stagnationszeit" ist es nicht getan. Schon gar nicht, wenn dies Bürokraten tun, die während dieser Zeit den Apparat mitgetragen haben und führende Positionen innehalten, einschließlich Gorbatschow selbst.

Die Bürokratie entspringt auch nicht dem bürokratischen Fehlverhalten einzelner, der administrativen Engstirnigkeit, wie dies die heutige sowjetische Führung nahelegt, wenn sie davon spricht, den "Bürokratismus zu bekämpfen". Es ist eine Systemfrage, eine Machtfrage.

An den Strukturen hat sich seit den Zeiten Stalins und Breschnews wenig geändert - nur daß der Wille der Parteiführung dank der gewachsenen Stärke der Arbeiterklasse nicht mehr mit brutalen Unterdrückungsmethoden und Massenmord wie unter Stalin durchgesetzt werden kann.

Bedingungen Lenins

Volle Arbeiterdemokratie kann nicht von oben herab, durch etwas "Glasnost", gewährt werden. Es bedarf einer vollständigen Umwälzung aller politischen Strukturen, des gesamten gesellschaftlichen Überbaus.

Das kann nicht das Werk der Bürokratie unter einem "aufgeklärten" Chef namens Gorbatschow sein. Noch nie in der Geschichte hat eine herrschende Elite sich selbst wegreformiert. Das kann nur das Werk der sowjetischen Arbeiterklasse selbst sein.

Hier wäre eine Rückbesinnung auf Lenin durchaus angebracht. Denn die von ihm aufgestellten Bedingungen für den Aufbau einer Arbeiterdemokratie sind bis heute nicht erfüllt:

- die Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre;
- die Begrenzung ihres Einkommens auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn;
- die Ablösung des stehenden Heeres durch Volksbewaffnung unter Kontrolle der Arbeiterklasse;
- die allmähliche Einarbeitung aller in Verwaltungs- und staatliche Funktionen und Rotation der Ämter. Oder

tion, wo auf absehbare Zeit keine Gefahr der Wiederherstellung des Kapitalismus besteht, ist eine weitere Forderung unabdingbar: das Recht auf freie Meinungsäußerung aller Parteien.

Noch kein Sozialismus

Die Sowjetunion ist zwar ein Arbeiterstaat - in dem Sinne, daß Kapital und Großgrundbesitz enteignet sind und der Staat auf gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse basiert. Aber sie ist keine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus ist eine Gesellschaftsform, die am höchstentwickelten Kapitalismus anknüpft; in der dank hohem Entwicklungsstand der Produktivkräfte genügend Güter hergestellt werden können, um die Masse der Bevölkerung vom täglichen Existenzkampf und materiellen Sorgen zu befreien. Arbeitszeitverkürzung entsprechend dem Fortschritt der Produktivität und Einarbeitung aller in verwaltende Funktionen würden einen Übergang in gesellschaftliche Selbstverwaltung ermöglichen. Staatliche Unterdrückungsfunktionen könnten sofort absterben, wenn es keine Privilegien und Machtteilen mehr zu verteidigen gibt; staatliche Verwaltungsfunktionen allmählich auf die Gesellschaft übergehen. Dies wäre eine sozialistische Gesellschaft, in der sich die individuellen Fähigkeiten und die menschliche Persönlichkeit allseitig entwickeln könnten.

Geringere Produktivität als im Kapitalismus, Mißwirtschaft, Privilegien, Korruption, Unterversorgung, Schlägen vor Lebensmittelständen, Alkoholmißbrauch, ein monströser Staatsapparat, der keine Anstalten macht, absterben - das ist eine bössartige Karrikatur auf den Sozialismus, wie sie sich seine Feinde kaum schlimmer hätten ausdenken können.

Industrielle Großproduktion, eine starke und gebildete Arbeiterklasse, Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft - all die sozialen Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus sind in der UdSSR vorhanden. Wenn die Bürokratie beseitigt ist und mit einer echten Arbeiterdemokratie auch die politischen Voraussetzungen geschaffen sind, dann kann die Planwirtschaft all ihre Vorzüge erst voll entfalten, indem sie im Interesse der Masse der Bevölkerung - unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten - sinnvoll gelenkt und demokratisch kontrolliert wird. Erst dann kann von einer sozialistischen Demokratie die Rede sein, wie es sich viele in Ost und West erhoffen, die an Gorbatschow-Kurs große Erwartungen - und leider auch Illusionen knüpfen.

Ein solcher "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" kann nicht von oben "eingeführt" werden, sondern nur von der sowjetischen Arbeiterklasse erkämpft werden.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin



... doch auch die Zulassung privater Unternehmer - hier ein privater Lebensmittelmarkt in Moskau - hat die Versorgungslage in der Sowjetunion nicht entscheidend verbessert.

stischer Elemente ein Schritt nach vorn, ein Schritt zur Wiederherstellung der Großindustrie. Lenin wollte die Maßnahmen der NÖP auch ausdrücklich auf diesen Zeitraum begrenzt wissen. Für einen Arbeiterstaat in einem modernen entwickelten Land, wie der Sowjetunion heute, wo die Großindustrie längst die vorherrschende Produktions-

wie Lenin sich ausdrückte: "Jede Köchin muß Ministerpräsident werden können."

Die Umsetzung dieser Forderungen würde wirkliche demokratische Kontrolle in allen gesellschaftlichen Bereichen und das Ende der Herrschaft der Bürokratie bedeuten. Spätestens heute, Jahrzehnte nach der Oktoberrevolu-

Wohin treibt die Sowjetunion?

VORAN
NR. 12/4
Oktober
'90

Im Westen wird Gorbatschow als großer Reformier und Staatsmann gefeiert. Im eigenen Land hat er bei Meinungsumfragen nur noch 18% Zustimmung. Der Volksmund nennt die Perestroika schon „Katastroika“. In einem von ihm und Boris Jelzin unterstützten Plan soll die Sowjetunion in 500 Tagen wieder kapitalistisch werden. Was würden die Folgen für die Arbeiter sein?

In fünf Jahren Perestroika sind die Regale immer leerer geworden. In einigen Städten mußten Lebensmittel rationiert werden, Anfang September gab es noch Engpässe bei der Brotversorgung. An jedem zweiten Artikel des Massenbedarfs herrscht Mangel. Im ersten Halbjahr dieses Jahres sank die Industrieproduktion um 2% (in der Schwerindustrie sogar um 2,8%). Die Kohleförderung im Donbass hat sich halbiert, die Erdölförderung sank um 15 Millionen Tonnen.

Wegen dieser schlechten Versorgungslage gab es schon in mehreren Orten Krawalle. In Tscheljabinsk demonstrierten am 23. August aufgebracht Kunden ein Kaufhaus, das Parteigebäude, die Stadtverwaltung und 13 Milizautos. Elf Polizisten wurden verletzt. Am 11. Juli streikten Bergleute von der Ukraine bis zum über 6000km entfernten Rücktritt von Ministerpräsident Ryschkow. Im Donbass waren von 250 Zechen 124 für 24 Stunden bestreikt, 110 während ein bis sechs Stunden.

Die Nationalitätenkonflikte verschärfen die wirtschaftliche Lage. Die einzelnen Republiken erklären ihre Souveränität und beanspruchen Verfügungsgewalt über ihre Bodenschätze. Das einheitliche Wirtschaftsgebiet wird dadurch immer mehr zerstört.

Leistungen der Planwirtschaft

Die gegenwärtige bürgerliche Propaganda verschweigt, daß die Sowjetunion in den ersten Jahrzehnten der Planwirtschaft ungeheure wirtschaftliche Leistungen vollbracht hat. Trotz der Zerstörungen im 2. Weltkrieg und trotz der wirtschaftlichen Schäden durch die verschwenderische Politik der herrschenden Stalinisten bewies die Planwirtschaft ihre Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus. Sie ermöglichte eine Entwicklung von einem Agrarland zur einer Industriemation. Die zweistelligen Wachstumsraten stellten lange Zeit auch das deutsche „Wirtschaftswunder“ in den Schatten.

Aber in der Sowjetunion herrscht seit über 65 Jahren eine Kaste von Bürokraten, die nur daran interessiert sind, ihre Privilegien zu schützen und auszubuten. Diese Bürokraten erstellen Pläne, die ihren Interessen entsprechen und nicht denen der Bevölkerung. Vor

schwendung kritisiert und eine Steigerung der Konsumgüterproduktion versprochen. Da sich die gesellschaftlichen Widersprüche enorm verschärft hatten, konnte er aber dabei nicht stehenbleiben. Zusätzlich kündigte er eine Demokratisierung an (Wahlen von Betriebsmanagern, Innerhalb der Partei etc.). Aber diese Maßnahmen sollten nur dazu dienen, das stalinistische System effizienter zu machen.

allen wird die Wirtschaft immer komplizierter, je weiter sie sich entwickelt. Eine Behörde kann nicht einen detaillierten Plan über fünf Jahre für ein riesiges Land aufstellen. Das ist bürokratischer Größenwahn. Trotzki hatte seit 1921 einen zentralen Plan gefordert, aber er wußte immer, daß das nur ein „Rahmen“ sein kann, der durch die lokalen Planbehörden und Betriebe ausgefüllt wird, eine „Arbeitshypothese“, die laufend korrigiert und weiterentwickelt werden muß. Vor allem muß der Plan durch die Arbeiter selbst, das heißt durch die Sowjetdemokratie kontrolliert werden. „Planwirtschaft braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff“ (Trotzki). Nur so kann sichergestellt werden, daß die Pläne den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen. Nur so können in einer Gesellschaft, in der niemand durch die Angst vor Arbeitslosigkeit zur Arbeit angetrieben ist, die Menschen auf Dauer zu sorgfältiger Arbeit motiviert werden.

Der erste wirkliche Plan – der 5-Jahresplan von 1929 – wurde schon unter den Bedingungen der Diktatur und Entmündigung der Arbeiter von oben aufgestellt. Da eine demokratische Planwirtschaft nicht existierte, mußten für die wirtschaftlichen Erfolge die doppelten und dreifachen Opfer gebracht werden. Je weiter sich die Wirtschaft entwickelte, desto mehr wurde sie durch die Unfähigkeit der Bürokratie behindert. Da die einzige wirkliche Lösung der Widersprüche, die demokratische Planwirtschaft, den Sturz der Bürokratie vorausgesetzt hätte, versuchte diese mit kapitalistischen Methoden die Spannungen zu mildern. Stalin selbst hat 1935/36 die ersten derartigen Versuche unternommen (Abschaffung der Lebensmittelkarten, Ausweitung der Akkordlöhne).

Nach einem Zickzack-Kurs unter Chruschtschow machte Kossygin 1965 einen Versuch, in den Betrieben wirtschaftliche Rechnungsführung einzuführen. Aber ihre Umsetzung wurde von der Vollbeschäftigung und geringe Arbeitsintensität gewohnten Arbeitern nicht geduldet. Sie existierte in politökonomischen Lehrbüchern, aber nicht in den Betrieben.

Gorbatschow hat seine Amtszeit ähnlich begonnen wie seine Vorgänger: Er hat Korruption, Ineffizienz und Ver-

schwendung kritisiert und eine Steigerung der Konsumgüterproduktion versprochen. Da sich die gesellschaftlichen Widersprüche enorm verschärft hatten, konnte er aber dabei nicht stehenbleiben. Zusätzlich kündigte er eine Demokratisierung an (Wahlen von Betriebsmanagern, Innerhalb der Partei etc.). Aber diese Maßnahmen sollten nur dazu dienen, das stalinistische System effizienter zu machen.

Totengräber Gorbatschow

Soll Stalin hat die Bürokratie zwar die Arbeiter unterdrückt, aber die ökonomischen Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigt: Planwirtschaft, Staatsigentum, Außenhandelsmonopol. Aber Trotzki warnte schon 1936, daß die Bürokratie das Staats-



Bergarbeiter im Streik.

genium „nur in dem Maße, in dem sie das Proletariat fürchtet“, verteidigt. Auf Dauer müsse sie zu seinem Totengräber werden. Genau dazu ist Gorbatschow jetzt entschlossen. Wie vorher schon Jelzin hat er sich jetzt mit diesem für einen schnellen Übergang zur Marktwirtschaft (im Gegensatz zu Ryschkow) ausgesprochen. Aber sein neues Programm würde Rußland in 500 Tagen um eine Geschichtsepochen zurückwerfen.

Das Programm sieht gestaffelt die Privatisierung von insgesamt zwei Dritteln der Industrie und 90% von Bauwesen und Einzelhandel vor sowie die Freigabe fast aller Presse und die Streichung der Subventionen für Verlustbetriebe. Ryschkows Arbeitsminister Schtscherbakow rechnet dabei mit bis zu 40 Millionen Arbeitslosen, Ryschkow selbst mit einem Rückgang des Lebensstandards um 30%. Die Auswirkungen auf die Produktion werden ähnlich wie in Polen sein. Dort ist die Industrieproduktion gegenüber dem letzten Jahr um 30% gesunken.

Um sein Programm durchzusetzen hofft Gorbatschow auf die Hilfe des Westens. Er geht bei den westlichen Imperialisten betteln, akzeptiert die Ausdehnung der NATO zur Oder, unterstützt den Aufmarsch der Imperialisten im Nahen Osten, unter dem nicht Sad-

dam Husseln, sondern die traktische Bevölkerung leidet. Die Sowjetunion hat sich dem Imperialismus auch politisch untergeordnet.

Reaktion der Arbeiter

Aber obwohl Gorbatschow gemäß den Interessen der Kapitalisten handelt, bekommt er von ihnen keine entscheidende Hilfe. Im Unterschied zur DDR mußte der Kapitalismus von Innen heraus eingeführt werden. Bei jedem Schritt Richtung Kapitalismus wird die sowjetische Arbeiterklasse deutlicher spüren, daß es ein Schritt rückwärts ist. Auch jetzt schon ist die Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft sehr groß. Nur ist die Ratlosigkeit, wie eine Alternative aussehen könnte, noch größer.

Es kann im Herbst zu einer großen Streikwelle kommen, weil die Arbeiter Massenarbeitslosigkeit und eine weitere Verschlechterung der Versorgungslage nicht kampflos hinnehmen werden. Die Arbeiter haben wenig Kampferfahrung, es mangelt an klarer Führung und klarem Programm. Deshalb sind Niederlagen der Bewegung möglich. So könnte das Programm der Marktwirtschaft fortgesetzt werden.

Aber Massenarbeitslosigkeit, Inflation und sinkender Lebensstandard würden hohe gesellschaftliche Spannungen erzeugen, mit denen eine bürgerliche Demokratie unvereinbar ist.

pitalistische Restauration am leichtesten sein – das heißt, sie wird ähnlich gigantischen Schwierigkeiten aufwerfen wie in Polen oder der Tschechoslowakei, wo die Wiedereinführung des Kapitalismus auch noch keineswegs ausgemacht ist. Andere Regionen, wie die Kaukasus oder Zentralasien, werden vielleicht für Jahre in Chaos und Barbarei versinken. Der Libanon zeigt, wie es dort in ein paar Jahren aussehen kann.

Da ein Großteil der sowjetischen Militärführung noch nicht zum Kapitalismus übergeschwenkt ist, muß ein Militärputsch nicht prokapitalistisch sein. Auch eine Nachahmung von Jaruzelskis Putsch 1981 ist möglich. Die Moskauer Zeitung „Moskowskije Nowosti“ berichtete im September von Gerüchten, wonach „die Führung der Streitkräfte schon einen genauen Plan hat, um die Lage im Lande unter Kontrolle zu nehmen“.

Die weitere Entwicklung der Sowjetunion hängt auch vom weltweiten Kräfteverhältnis ab. In den letzten Monaten befindet sich der Kapitalismus in einer beispiellosen Offensive. Diese wurde durch das Zusammentreffen eines langen Aufschwungs im Kapitalismus mit der absoluten Krise des Stalinismus möglich. Aber diese Offensive wird nicht ewig dauern. Die Wirtschaftsdaten der USA erinnern daran, daß es keinen Kapitalismus ohne Krisen gibt.

Gleichzeitig sehen wir, daß die Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa zur absoluten Verelendung der Massen führt. Niemand kann sagen, wann genau die nächste Weltwirtschaftskrise kommen wird und wie tief sie sein wird. Sicher ist nur, daß sie kommen und das Bewußtsein der Massen tiefgreifend verändern wird.

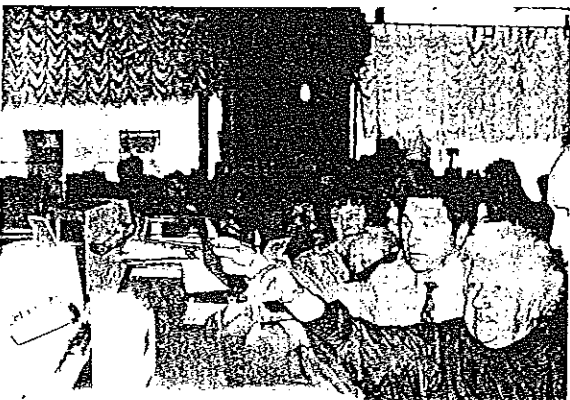
Politische Revolution

Aber neben der kapitalistischen und der stalinistischen Kontrorevolution gibt es noch eine dritte Möglichkeit. Es hat schon früher (z.B. 1962 in Nowoscherbassk) Arbeiteraufstände gegen Preiserhöhungen und andere Angriffe auf den Lebensstandard gegeben. Die Zahl der sowjetischen Arbeiter ist in den letzten Jahrzehnten von 10 auf 140 Millionen Menschen angewachsen. Sie ist damit die entscheidende Kraft in der Gesellschaft. Deshalb kann auch ein spontaner Aufruhr eskalieren und die Arbeiter an die Macht bringen. Eine starke revolutionäre Arbeiterorganisation wäre notwendig, damit die Arbeiter die Macht auch verteidigen können. In jedem Fall hätte ein solches Ereignis eine ungeheure Ausstrahlungskraft und könnte die Erde mehr verändern als selbst die Oktoberrevolution. Zu einer sozialistischen Entwicklung in der Sowjetunion ist die Errichtung einer Arbeiterdemokratie notwendig. Dazu gehört die Wahl- und Absetzbarkeit aller Funktionäre sowie ihre Bezahlung durch einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Da die heute herrschende Bürokratie das niemals freiwillig akzeptieren wird, ist ihr Sturz durch eine politische Revolution notwendig.

Die Zersplitterung der Sowjetunion in viele kleine Staaten wäre ein historischer Rückschritt. In einer Arbeiterdemokratie wäre maximale kulturelle Autonomie gewährleistet. Unterdrückte Völker, die sich nicht von der Schädlichkeit der Rückkehr zum Nationalstaat überzeugen lassen, dürfen nicht gewaltam an der Lostrennung gehindert werden. Sie müssen in einem demokratischen Verfahren über ihr Schicksal entscheiden können, ohne Gorbatschows bürokratische Hürden. Nur so können das Mißtrauen und der Haß, der sich während des Stalinismus zwischen den Völkern aufgestaut hat, allmählich abgebaut werden.

Die Politik der Bürokratie geht mehr und mehr in Richtung Wiederherstellung des Kapitalismus. Viele Arbeiter erwarten sich Verbesserungen durch die Marktwirtschaft. Doch gleichzeitig wehren sich immer mehr gegen die prokapitalistischen Angriffe der verhassten stalinistischen Bürokratie. In der kommenden Periode wird es keine Stabilität geben.

Wolfram Kleist, Stuttgart
Jungsozialist



Einkauf nur gegen Personalausweis in Moskau.

Von Perestrojka zu Katastrojka

Ein Wort ging um in Europa. Gorbatschow schrieb einen dicken Wälzer unter diesem Namen und erhielt den Nobelpreis. Im Westen wurden Hosenträger und T-Shirts mit der gleichlautenden Aufschrift auf den Markt geworfen. Worum es geht, ist „Perestrojka“.

In der Sowjetunion redet heute niemand mehr davon. Die Menschen dort haben das Wort längst in „Katastrojka“ umgetauft. Perestrojka sind für Dezentralisierung und marktwirtschaftliche Maßnahmen. Glasnost war eine Medizin, die vielleicht nicht ganz so bitter schmeckt. Immerhin dürfte die Bevölkerung zum ersten Mal über die Krankheit schlüpfen. Aber Perestrojka brachte in der Sowjetunion gewiss keine wie zuvor in Ungarn und Jugoslawien. Der zentrale Plan wurde untergraben, ohne daß ein funktionierender Ersatz geschaffen wurde. Die Kommandowirtschaft besteht weiter - aber fast ohne Kommando. Das ist das beste Rezept für Chaos. Der einzige Markt, den die Bevölkerung kennt, war der Schwarzmarkt.

Verschärfung der Krise
Nach dem Scheitern der Perestrojka sind sich die verschiedenen Flügel der Bürokratie einig, daß Reformen von oben nicht mehr ausreichen. Ihren Mächtigkeits zu sichern. Seit Anfang 1990 ist die Mehrheit der Bürokratie offen ins pro-marktwirtschaftliche Lager übergetreten und setzt auf die Wiedererrichtung des Kapitalismus.

Was jedoch Anspruch und Wirklichkeit trennt, macht der von Ministerpräsident Pawlow vorgelegte Frühjahrsbericht 1991 deutlich. Im ersten Vierteljahr ist das Sozialprodukt um 8% gesunken, der Außenhandel um ein Drittel. Der Lebensstandard wird in diesem

lagern. Noch im Februar hatte Jelzin Gorbatschows Rücktritt verlangt. Bislang setzte Jelzin auf ausländisches Kapital und schnelle Privatisierung, während Gorbatschow die Privatisierung auf einzelne Monopole beschränken wollte, kontrolliert von einer starken Zentralgewalt.

Dieses Abkommen war für Gorbatschow eine politische Lebensversicherung - wahrscheinlich mit kurzer Lauf-



Rede einer Rentnerin beim Generalsstreik in Minsk im April.

bilien unterstützt worden. Die baltischen Republiken, Moldawien, Georgien und Armenien haben sich längst von Moskau losgesagt. Sie boykottierten bereits das Referendum vom 17. März bedingungslos.

Welle von Protesten
Gorbatschow und Jelzin sind Vertreter ein und desselben herrschenden Elites, deren Interesse als mit verteilten Rollen vertreten. Was beide zusammen-

Selbstorganisation der Arbeiter

Pawlow, Gorbatschow und Jelzin wollen mit ihrem „Antikrisenprogramm“ die kapitalistische Restrukturierung durchboxen - wenn es sein muß mit Notstandsgesetzen und Antistreck-Maßnahmen. Aber weder reiche Kapitalisten noch reformierte Bürokraten können den Menschen in der Sowjetunion eine Zukunft mit wachsendem Wohlstand und demokratischen Rechten bieten. Ohne die Übernahme von Wirtschaft und Staat in die Hände der arbeitenden Bevölkerung selbst wird es nur Zerfall, Verarmung und Chaos geben.

Mit der Gründung von unabhängigen Gewerkschaften und mit der Schaffung von Selbstverwaltungsorganen in den drei Bergarbeiterkreisen sind wichtige Ansätze zur Selbstorganisation der Arbeiterklasse geschaffen worden. Doch nach Jahrzehnten stalinistischer Unterdrückung und in Anbetracht verblicher Illusionen in die Marktwirtschaft wird es eine Zeitlang dauern, bis die Arbeiter das Selbstvertrauen gewonnen haben, Wirtschaft und Gesellschaft in eigener Regie zu verwalten zu können.

Aron Amun, Stuttgart
Jungeszialist



Eine informelle 1. Mai-Demonstration in Moskau, organisiert von der Zeitung „Arbeiterdemokratie“.

